

Nachrichten aus Brüssel

Impfstrategie gegen Covid-19

Ein Strategiepapier für eine europaweite Impfung gegen Covid-19 hat die Europäische Kommission vorgestellt. Angesichts der Unstimmigkeiten zwischen den EU-Mitgliedsstaaten bei Ausbruch der Pandemie möchte die EU möglichen weiteren Differenzen schon im Vorfeld begegnen. Bereits im Sommer hatte die EU-Kommission eine Reihe von Verträgen mit unterschiedlichen Pharmaunternehmen zur gemeinsamen europäischen Beschaffung von Impfstoffen gegen Covid-19 abgeschlossen.

Dem Strategiepapier zufolge werden alle Mitgliedsländer gleichzeitig auf diese beschafften Impfstoffe zugreifen können. Jeder EU-Staat soll dabei einen Anteil erhalten, der dem bevölkerungsbezogenen Verteilungsschlüssel entspricht. Zur Sicherung einer erfolgreichen Bereitstellung und ausreichenden Akzeptanz der Impfstoffe sollen die Mitgliedstaaten eine ausreichende Personal- und Sachausstattung für diejenigen Stellen gewährleisten, die die Impfungen durchführen werden.

In der Mitteilung benennt die Kommission zudem die Bevölkerungsgruppen, die in der Anfangsphase, solange die Produktionskapazitäten begrenzt sind, den Impfstoff vorrangig erhalten sollen. Hierzu gehören insbesondere Beschäftigte im Gesundheitswesen und in anderen systemrelevanten Bereichen, über 60-Jährige sowie Angehörige von Risikogruppen.

Gesundheitsthemen im Blickfeld

Die Europäische Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für 2021 vorgestellt. Es trägt den programmatischen Titel „Eine vitale Union in einer fragilen Welt“. Das neue Arbeitsprogramm listet für die kommenden Monate 44 neue EU-Initiativen, 41 Initiativen zur Evaluierung oder Überarbeitung bestehender EU-Vorschriften sowie darüber hinaus 14 alte Vorschläge, die zurückgenommen werden sollen, auf. Mit dem neuen Arbeitsprogramm setzt die Kommission den politischen Kurs der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen inhaltlich um. Das Arbeitsprogramm ist dabei deutlich „grüner“ und sozialer als die Vorgängerprogramme. Neben einer ambitionierten Klimaschutzpolitik spielt die Gestaltung

der Digitalisierung mit dem Unterbereich künstliche Intelligenz eine herausgehobene Rolle.

Anders als in früheren Jahren ist Gesundheit wieder ein Thema auf europäischer Ebene, was zweifellos eine Folge der Covid-19-Pandemie ist. Im Arbeitsprogramm wird sogar ausdrücklich die Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Gesundheitsunion betont. Konkret kündigt die Kommission im Gesundheitsbereich für das vierte Quartal 2021 einen Legislativvorschlag zur Einrichtung einer neuen europäischen Agentur für fortgeschrittene biomedizinische Forschung und Entwicklung an. Außerdem soll ein Legislativvorschlag zur Einrichtung eines europäischen Raums für Gesundheitsdaten vorgelegt werden. Schließlich wird eine Evaluierung der sogenannten Patientenrechte-Richtlinie in Aussicht gestellt. Zehn Jahre nach deren Verabschiedung soll dabei untersucht werden, inwiefern das Ziel, den Zugang zu sicherer und qualitativ hochwertiger grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung in einem anderen Mitgliedstaat zu erleichtern, erreicht wurde, wie die Richtlinie die Patientenrechte und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten verändert hat und welche Hindernisse es für Patienten gibt, die eine grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen wollen.

Digitale Vollversammlung des CED

Die Covid-19-Pandemie zwingt auch den europäischen Dachverband der Zahnärzte, den Council of European Dentists (CED), zu neuen Wegen. Erstmals fand in diesem Jahr eine CED-Vollversammlung in einem reinen digitalen Format statt. Die hohen Infektionszahlen in Belgien machten eine Präsenzveranstaltung unmöglich. Auf der Tagesordnung standen eine Reihe von Entschlüssen, so zur Sicherheit der zahnmedizinischen Versorgung während der Covid-19-Pandemie und zum Zahnmedizinstudium unter Pandemie-Vorzeichen.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK